2024.SR.0075

Interfraktionelle Motion GLP/JGLP/EVP, Mitte, FDP/JF, SP/JUSO, GB/JA! (Maurice Lindgren, GLP/Bettina Jans-Troxler/Debora Alder-Gasser, EVP/Milena Daphinoff, Mitte/Simone Richner, FDP/Bernadette Häfliger, SP/Franziska Geiser, GB/Francesca Chukwunyere/Matthias Humbel, GFL): Bekämpfung von Antisemitismus – insbesondere an Berner Schulen

Der Gemeinderat wird aufgefordert:

1. Dem Stadtrat eine Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus – insbesondere an Berner Schulen – vorzulegen.
2. Ein/e Antisemitismusbeauftragte/n zu ernennen oder eine Antisemitismusanlaufstelle innerhalb der Fachstelle für Rassismus zu schaffen bzw. die Zusammenarbeit mit einer entsprechenden Stelle vorzusehen.
3. Eine niederschwellige digitale Anlaufstelle für betroffene Kinder, Jugendliche und Eltern zu schaffen, welche von einer fachlich (mit den verschiedenen Typologien von Antisemitismus bekannten) und pädagogisch qualifizierten Fachperson moderiert wird, wo Betroffene rasch Meldung erstatten können und Hilfe erhalten. Niederschwellig bedeutet aus unserer Sicht zurzeit eine WhatsApp-Linie oder eine Nach- richten-Gruppe innerhalb von Klapp.

Begründung

Die vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes SIG erhobenen antisemitischen Vorfälle zeigen, dass diese ein in der Schweiz nie dagewesenes Ausmass annehmen. Am 2. März wurde in Zürich ein 50-jähriger Jude von einem 15-Jährigen mit klar geäusserten antisemitischen Motiven mit einem Messer attackiert und dabei schwer verletzt. Auch in Bern häufen sich Fälle von Antisemitismus, gerade auch an Schule (Bund/BZ berichteten am 6. März 2024). In einem Interview in Bund/BZ vom 9. März 2024 berichtet Rabbi Jehoschua Ahrens, dass er Kenntnis von Vorfällen in praktisch allen Berner Schulen hat: «Jüdische Kinder werden gemobbt und zum Teil auch physisch angegriffen, einfach weil sie jüdisch sind.» Jüdisches Leben gehört in eine vielfältige Schweiz, jüdisches Leben gehört zu Bern. Es darf nicht sein, dass jüdische Menschen sich ausgegrenzt fühlen oder in ihrer Sicherheit bedroht sind. Die erschütternden Geschehnisse der letzten Tage und Wochen verdeutlichen die zwingende Notwendigkeit, durch die Implementierung gezielter Strategien und Massnahmen – besonders in Schulen – entschlossen gegen Antisemitismus vorzugehen. Mit der Schaffung einer zentralen Anlaufstelle kann die Effektivität solcher Massnahmen kontinuierlich evaluiert und optimiert werden. Den Bedürfnissen und Ängsten verunsicherter Kinder, Jugendlicher und Eltern ist mit einem niederschwelligen Angebot entgegenzukommen, welches ohne grossen Aufwand und rasch geschaffen werden kann. Dazu sollen auch, so schnell wie möglich, runde Tische mit Betroffenen organisiert werden.

Bern, 14. März 2024

Erstunterzeichnende: Bettina Jans-Troxler, Debora Alder-Gasser, Maurice Lindgren, Simone Richner, Milena Daphinoff, Bernadette Häfliger, Francesca Chukwunyere, Franziska Geiser, Matthias Humbel

Mitunterzeichnende: Muriel Graf, Emanuel Amrein, Gabriela Blatter, Yasmin Amana Abdullahi, Michael Hoekstra, Claude Grosjean, Salome Mathys, Nik Eugster, Thomas Hofstetter, Lionel Gaudy, Sibyl Eigenmann, Lukas Wegmüller, Chandru Somasundaram, Bettina Stüssi, Johannes Wartenweiler, Barbara Keller, Laura Binz, Nora Krummen, Judith Schenk, Barbara Nyffeler, Nicole Silvestri, Szabolcs Mihalyi, Lena Allenspach

Antwort des Gemeinderats

Die vorliegende Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in die Zuständigkeit des Gemeinderats fällt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Der Gemeinderat hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidverantwortung beim Gemeinderat.

Die Stadt Bern nimmt Rassismus, und damit auch Antisemitismus, in jeglicher Form ernst und verfügt mit dem Schwerpunkteplan Migration und Rassismus über eine Strategie, welche die Stossrichtung im Diskriminierungsschutz vorgibt. Der Gemeinderat hat sein Engagement im Bereich der Rassismusbekämpfung in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Hintergrund ist die Überzeugung und Erfahrung, dass die Förderung der Teilhabe der Migrationsbevölkerung nicht ohne die Rassismusbekämpfung funktioniert.

Die städtische Rassismusbekämpfung wird durch Mittel aus der Integrationsförderung finanziert, die sowohl von der Stadt als auch vom Kanton bereitgestellt werden. Dabei bemisst sich der kantonale Beitrag am Anteil der ausländischen Personen, während der städtische Beitrag an der Bevölkerung mit Migrationsbezug orientiert ist. Die städtischen Massnahmen zur Bekämpfung von Rassismus richten sich weitgehend unabhängig von Nationalität und Migrationshintergrund an alle Menschen, die Rassismus erfahren. Diese Massnahmen werden jedoch nicht durch kantonale Mittel finanziert, sondern ausschliesslich durch städtische Gelder oder Fördermittel des Bundes.

Dabei vertritt der Gemeinderat in Anlehnung an die Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes ein weitgefasstes Rassismusverständnis, welches spezifische Rassismusformen wie Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Anti-Schwarzen Rassismus und Rassismus gegenüber Jenischen, Sinti/Manouches und Roma miteinbezieht (siehe Glossar der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes[1]). Spezifische Massnahmen ausserhalb des Migrationskontextes lassen sich mit den bestehenden Ressourcen nur in geringem Masse umsetzen.

Der Diskriminierungsschutz ist eine Bundesaufgabe, für die der Kanton in der Umsetzung verantwortlich ist. Der Kanton leistet derzeit nur begrenzt Unterstützung für Projekte oder Gemeinden im Bereich der Rassismusbekämpfung. Lediglich das Informations- und Beratungsangebot von «gggfon» (Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus) erhält einen Beitrag zur Finanzierung der Meldestelle. Eine verstärkte Beteiligung der Stadt in diesem Bereich könnte durch eine Erhöhung der Mittel seitens des Kantons ermöglicht werden.

Mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus ECCAR hat sich die Stadt Bern dazu bekannt, ihr Engagement in der Rassismusbekämpfung zu stärken. Vertreter*innen städtischer Dienststellen engagieren sich in Arbeitsgruppen und nehmen an den jährlichen Versammlungen teil.

Zu Punkt 1:
Der Schwerpunkteplan Migration und Rassismus bildet das städtische Strategiepapier für die Rassismusbekämpfung. Im Schwerpunkteplan Migration und Rassismus 2022 bis 2025 sind mehrere Massnahmen unter dem Schwerpunkt 2 «Die Stadt stärkt ihr Engagement gegen Rassismus» verankert, welche auch den Schulbereich tangieren:

[1] https://www.edi.admin.ch/edi/de/home/fachstellen/fachstelle-fuer-rassismusbekaempfung-frb/glossar.html (05.07.2024)

- Ziel 8: Die Schulsozialarbeit setzt sich mit dem Thema Rassismus und Diskriminierung auseinander und ist für Rassismus im Kontext Schule sensibilisiert.
- Ziel 9: Ein Netzwerk für Lehrpersonen zu Rassismus im Schulbereich wird aufgebaut. Es ermöglicht Information, Weiterbildung und Austausch zum Thema.
- Ziel 11: Die Stadt anerkennt Racial Profiling als gesellschaftliches Problem. Sie ist mit Betroffenen sowie mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen im Dialog.
- Ziel 12: Die Stadt Bern organisiert jährlich in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die Aktionswoche gegen Rassismus.

Zusätzlich verfügt die Stadt Bern über eine Leistungsvereinbarung mit dem Beratungsangebot und der Meldestelle gggfon (Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus). Bei gggfon können sich Personen mit Diskriminierungs- oder Rassismuserfahrung melden und sich unentgeltlich beraten lassen. gggfon pflegt die gemachten Meldungen auch ins nationale Meldesystem für rassistische Vorfälle «DoSyRa» ein. Zudem hat die Stadt 2024 die Zusammenarbeit mit weiteren Meldestellen intensiviert und aufgrund der aktuellen Lage auch Vereinbarungen mit der Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS) und dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) abgeschlossen. Die Vereinbarungen verankern eine systematische Zusammenarbeit, um die Lage in der Stadt Bern im Hinblick auf antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit sowie Antisemitismus präzise einschätzen zu können. Beide Organisationen werden die Stadt Bern regelmässig über die gemeldeten Antisemitismus- und muslimfeindlichen Vorfälle in Bern informieren. Diese institutionalisierte Zusammenarbeit mit dem SIG und der FIDS ergänzt die städtische Politik im Bereich Rassismusbekämpfung und Diversität.

Die Stadt kann keine Projekte zu einzelnen, spezifischen Rassismusformen umsetzen, dazu fehlen ihr die finanziellen Mittel. Sie bringt sich aber national und international in die jeweiligen Debatten mit ein. Im Bereich Antisemitismus sind dies folgende Aktivitäten:

- Zwei städtische Fachstellen sind Teil der nationalen Plattform Antisemitismus.
- Im Rahmen der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus beteiligt sich die Stadt an der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, welche den Antisemitismus mitbehandelt.

Aufgrund der zunehmenden antimuslimischen und antisemitischen Vorfälle in der Schweiz im Zusammenhang mit dem aktuellen Nahostkonflikt hat der Gemeinderat bereits mehrere Massnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus lanciert:

- Ausbau und Intensivierung des Meldesystems
- Austausch und Vernetzung mit relevanten Akteur*innen
- Organisation von Veranstaltungen im Themenbereich Nahost-Konflikt, Antisemitismus, antimuslischer Rassismus

Spezifische Massnahmen im Kontext Schule:

- Nach Ausbruch des aktuellen Nahostkonflikts hat die Stadt Bern erstmals Ende 2023 Informationen an die Schulen versenden lassen. Unter dem Titel «Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit in der Schule begegnen» erhielten die Schulen Unterrichtsmaterial sowie Angaben zu Meldestellen und Beratungsstellen. Weitere Informationsmails folgten.
- Vonseiten Schulen wurden auch auf Nachfrage keine ausserordentlichen Fälle von antimuslimischem Rassismus und Antisemitismus gemeldet. Um die Situation in den Schulen besser erfassen zu können, fand im Frühjahr 2024 eine Befragung der Schulsozialarbeiter*innen statt. Die Ergebnisse deuten nicht darauf hin, dass es an Stadtberner Schulen zu einem markanten Anstieg von Antisemitismus oder antimuslimischem Rassismus gekommen ist.

- Die Rolle der Schulsozialarbeit als Anlaufstelle bei erlebtem Rassismus und Antisemitismus in der Schule wurde gestärkt, indem ihre Sichtbarkeit auf den Webseiten der Schulen erhöht wurde.
- Nach zwei lehrreichen Aufbaujahren hat sich das Netzwerk rassismuskritische Schule im Raum Bern etabliert. Es steht allen Fachpersonen aus dem Schulbereich offen. Mit dem Netzwerk verfolgt die Stadt Bern in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule PHBern das Ziel, rassismuskritische Schulkultur und Lehre an Schulen fest zu verankern. Im Schuljahr 2023/2024 arbeiteten rund 60 Personen aus dem Schulbereich im Netzwerk mit. Alle städtischen Schulkreise sind vertreten. Am öffentlichen Vernetzungsanlass im Frühjahr 2024 haben mehr als 100 Personen teilgenommen. In der kommenden Veranstaltungsreihe wird sich das Netzwerk mit verschiedenen Formen von Rassismen auseinandersetzen, darunter auch mit Antisemitismus.
- Ende Mai 2024 hat die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) eine Online-Umfrage bei den Schulleitungen, Lehrpersonen und Tagesbetreuungsleitungen lanciert, um deren Wahrnehmung bezüglich spezifischen Rassismen und Diskriminierung zu erfassen. Resultate und daraus resultierende Massnahmen folgen im Herbst 2024.

Die Stadt Bern engagiert sich somit bereits heute in hohem Masse gegen Rassismus und Diskriminierung. Der Gemeinderat setzt mit dem Schwerpunkteplan Migration und Rassismus ein strategisches Instrument zur Bekämpfung von Rassismus ein. Auch in den Schulen setzt sich die Stadt Bern gezielt gegen jegliche Form von Rassismus und Diskriminierung ein. Der aktuelle Nahostkonflikt hat gezeigt, dass internationale Ereignisse rasch Auswirkungen auf die hiesige Gesellschaft – auch die Schulgemeinschaften – haben können. Der Gemeinderat will diesem Umstand künftig noch stärker Rechnung tragen. Eine Strategie lediglich für die Bekämpfung von Antisemitismus erachtet er allerdings als nicht zielführend, da damit auch weitere Strategien für die Bekämpfung von antimuslimischen Rassismus, Anti-Schwarzem Rassismus und Rassismus gegenüber Jenischen, Sinti/Manouches und Romas entwickelt werden müssten. Entsprechend dem eingangs erwähnten weitgefassten Rassismusverständnis der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes sollen dem Antisemitismus sowie weiteren spezifischen Formen von Rassismus vielmehr mit einem ganzheitlichen Ansatz begegnet werden. Das dafür geeignete Gefäss ist der Schwerpunkteplan Migration und Rassismus. Die Vorarbeiten für den neuen Schwerpunkteplan Migration und Rassismus 2026 – 2029 sind angelaufen.

Auch in Bezug auf die Schulen will der Gemeinderat Massnahmen gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus sowie gegen weitere Formen von Diskriminierung ganzheitlich im Rahmen von Massnahmen für eine diskriminierungskritische Schule umsetzen. Dabei geht es darum, die diskriminierungskritische Schule strategisch zu verankern und Informationen und Unterrichtsmaterial zu einzelnen Diskriminierungsformen, darunter auch zum Antisemitismus, den Schulen zugänglich zu machen.

Zu Punkt 2:
Mit der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen verfügt die Stadt über eine zentrale Anlaufstelle zu Rassismusfragen in der Stadt Bern. Diese definiert es bereits heute als ihren Auftrag, alle Rassismusformen zu thematisieren. Aufgrund der begrenzten Mittel, die ausschliesslich aus der Integrationsförderung stammen, ist es aber nur bedingt möglich, für spezifische Rassismusformen je eigene Gefässe zu schaffen (siehe Ausführungen zu Punkt 1).

Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass die Meldefälle in allen Bereichen national wie regional gestiegen sind. Gemäss der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes betrifft dies sowohl Antisemitismus als auch die weiteren spezifischen Rassismusformen.

Der Gemeinderat versteht Antisemitismus wie die Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes als eine spezifische Form von Rassismus und hält daher die Schaffung einer separaten Antisemitismus-Anlaufstelle oder die Ernennung einer antisemitismusbeauftragten Person für nicht zielführend. Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das unterschiedliche Gruppen betrifft. Eine isolierte Behandlung einzelner Formen birgt die Gefahr, dass der gemeinsame Ursprung und die strukturellen Ähnlichkeiten aus dem Blick verloren und die Bekämpfung des Problems unnötig fragmentiert werden. Antisemitismus wird als Teil einer umfassenden Rassismusarbeit verstanden und wird so gezielt angegangen.

Der Gemeinderat hat den Umfang seines Engagements gegen Rassismus im Rahmen der Förderung der Teilhabe der Migrationsbevölkerung bereits so gut wie möglich ausgebaut. Er ist sich der wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung der Thematik bewusst. Ein weiterer Ausbau würde zusätzliche finanzielle Mittel erfordern. Diese sind weder im Budget noch im AFP eingestellt. Der Gemeinderat lehnt Punkt 2 deshalb ab.

Zu Punkt 3:
Erste Anlaufstelle im Schulkontext ist die Schulsozialarbeit vor Ort. Die Schulsozialarbeiter*innen sind qualifizierte Fachpersonen, welche die Betroffenen unterstützen. Neu sind Meldungen von Vorfällen an die Schulsozialarbeit zu Mobbing- oder anderen Vorfällen unkompliziert möglich. Dafür gibt es in jeder Schule einen Briefkasten der Schulsozialarbeit mit einem entsprechenden Vermerk. Der Anstoss für dieses Angebot kam von den Schüler*innen selbst. Damit besteht ein niederschwelliges, finanzierbares und technikunabhängiges Angebot, das auch von kleinen Kindern ohne digitalen Zugang genutzt werden kann. Ein neues, digitales Angebot zu schaffen, wäre kostspielig und in Hinblick auf Beschaffung, Einführung und Betrieb aufwändig. Dafür stehen aktuell keine finanziellen Mittel zur Verfügung.

Bestehende Tools können nicht genutzt werden. Die Verwendung von WhatsApp ist an Stadtberner Schulen wie in der Stadtverwaltung aus datenschutzrechtlichen Gründen untersagt. Klapp ist ein Kommunikationstool zwischen einer Schule und den Erziehungsberechtigten der Schüler*innen dieser Schule. Es ist technisch nicht vorgesehen und organisatorisch nicht sinnvoll, dass die Stadt zentral über Klapp kommuniziert.

Der Gemeinderat will aber Massnahmen ergreifen, um die bereits bestehenden Anlaufstellen und Unterstützungsangebote für Betroffene von Diskriminierung, Rassismus und spezifisch auch Antisemitismus noch sichtbarer zu machen. Zudem wird die Schaffung eines spezifischen Beratungsangebots für Kinder und Jugendliche mit Rassismuserfahrung von Fachpersonen mit Rassismuserfahrung geprüft, um entsprechende Anfragen zu moderieren. In diesem Bereich besteht eine Lücke, der Bedarf ist erkannt und ausgewiesen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 und 3 als Richtlinie erheblich zu erklären und Punkt 2 abzulehnen.

Bern, 11. September 2024

Der Gemeinderat